

Kriege und umstrittene Wahlen: Die gefährlichsten Themen für Journalisten



Die Reporter ohne Grenzen-Jahresbilanz 2009

Zahl der ermordeten Journalisten wieder gestiegen: 76 Todesfälle

Ein Jahr des Exils: Mehr als 150 Journalisten geflüchtet

Die Neuen Medien geraten noch stärker ins Visier der Zensoren

2009 in Zahlen

76	Journalisten getötet
33	Journalisten entführt
573	Journalisten festgenommen
1456	Journalisten körperlich angegriffen oder bedroht
570	Medien zensiert
157	Journalisten aus ihrer Heimat geflüchtet
1	Blogger im Gefängnis gestorben
151	Blogger und Internetnutzer festgenommen
61	Blogger körperlich angegriffen oder bedroht
60	Länder von Internetzensur betroffen

	2008	2009	Entwicklung
Journalisten getötet	60	76	+ 26,67 %
Journalisten festgenommen	673	573	- 14,86 %
Journalisten angegriffen oder bedroht	929	1456	+ 56,73 %
Medien zensiert	353	570	+ 61,47 %
Journalisten entführt	29	33	+ 13,79 %
Blogger gestorben	1	1	
Blogger und Internetnutzer festgenommen	59	151	+ 155,93 %
Blogger angegriffen oder bedroht	45	61	+ 35,56 %
Länder von Internetzensur betroffen	37	60	+ 62,16 %

Das Jahr 2009 ist von zwei dramatischen Ereignissen gezeichnet: ein Massaker im Süden der **Philippinen** im November, bei dem 30 Medienmitarbeiter starben – der größte von *Reporter ohne Grenzen* (ROG) jemals dokumentierte Vorfall dieser Art. Darüber hinaus ist das Jahr von einer unvergleichlichen Welle von Verhaftungen und Verurteilungen von Journalisten und Bloggern im **Iran** nach der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad im Juni geprägt.

Fast 160 Journalisten sind in diesem Jahr außerdem aus ihren Heimatländern geflüchtet. So flohen zum Beispiel iranische Pressefotografen über die Grenze in die Türkei, um ihrer Verhaftung zu entgehen, somalische Radioreporter retteten sich nach Todesdrohungen in angrenzende Staaten. Diese Menschen haben in ihren Heimatländern die Öffentlichkeit mit wichtigen Informationen versorgt und werden deswegen von ihren Regierungen mit allen Mitteln verfolgt.

In Kriegen und während Wahlen waren Journalisten im Jahr 2009 besonderen Bedrohungen ausgesetzt. Über einen bewaffneten Konflikt zu schreiben erweist sich als immer gefährlicher für Journalisten. „Sie geraten in die Schusslinie, werden gezielt ermordet oder entführt. Aber auch die Berichterstattung während Wahlperioden ist in einigen Ländern eine riskante Arbeit, die im Gefängnis oder im Krankenhaus enden kann. Die Gewalt gegen Journalisten vor oder nach Wahlen erreichte insbesondere in Staaten mit wenig ausgeprägten demokratischen Strukturen im Jahr 2009 ein extremes Ausmaß“, sagt ROG-Generalsekretär Jean-François Julliard anlässlich der Veröffentlichung der Jahresbilanz.

„Eine andere, keinesfalls überraschende, Beobachtung ist die Zunahme von Online-Zensur und Repressionen gegen Blogger. Sobald die neuen Medien eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen spielen, reagieren einige Regierungen mit besonders harten Repressionen. Blogger stehen mittlerweile unter der gleichen Beobachtung wie Mitarbeiter konventioneller Medien“, so Julliard weiter.

„Unsere größte Sorge ist in diesem Jahr der massive Exodus von Journalisten aus repressiven Staaten wie dem **Iran** oder **Sri Lanka**. Die Behörden in diesen Ländern fördern häufig bewusst eine Flucht von Journalisten und Bloggern, um damit den Pluralismus der Meinungen und Kritik zu unterdrücken. Diese Tendenz ist gefährlich und sie muss mit allen Kräften verurteilt und angeprangert werden“, warnt der ROG-Generalsekretär.

Zahl der getöteten Journalisten steigt um mehr als 26 Prozent

Mit einer Ausnahme, dem französisch-spanischen Fotoreporter Christian Poveda, starben alle der im Jahr 2009 getöteten Journalisten in ihren Heimatländern. „Sie genießen häufig nicht die gleiche Bekanntheit wie einige ausländische Reporter. Dabei sind es die lokalen Journalisten, die jedes Jahr einen höheren Preis zahlen, um unser Recht auf Informationen über Konflikte, Korruption oder Umweltzerstörung zu garantieren“, so Jean-François Julliard.

Das Jahr 2009 begann mit der israelischen Militäroffensive in **Gaza**. Nicht nur der Zugang ausländischer Medienvertreter zum palästinensischen Gebiet war gesperrt. Das israelische Militär hat auch entgegen humanitärem Völkerrecht Gebäude angegriffen, in denen ausländische Medien ansässig sind. Zwei Reporter wurden dabei getötet.

Im **russischen Kaukasus** war das Jahr für Journalisten und Menschenrechtsaktivisten ebenfalls ein besonders Gefährliches. Ihre Kollegen Natalia Estemirowa in Tschetschenien und Malik Achmedilow in Dagestan – Zeugen eines von Moskau und dessen lokalen Verbündeten geführten Krieges – wurden ermordet. Die Täter gingen bisher straffrei aus.

Radikale islamistische Gruppen sind für den Tod von mindestens 15 Journalisten verantwortlich. So hat in **Somalia** die Al-Shabaab-Miliz vermehrt gezielte Mordanschläge und Selbstmordattentate unternommen. Insgesamt sind neun Reporter in dem nordostafrikanischen Land ermordet worden – darunter vier Mitarbeiter des Hörfunksenders *Radio Shabelle*, der trotz der Gewalt in dem Land den Anspruch aufrecht erhält, die Bevölkerung zu informieren. In **Pakistan** sind Reporter noch stärker in die Schusslinie von Taliban im Nordwesten des Landes geraten.

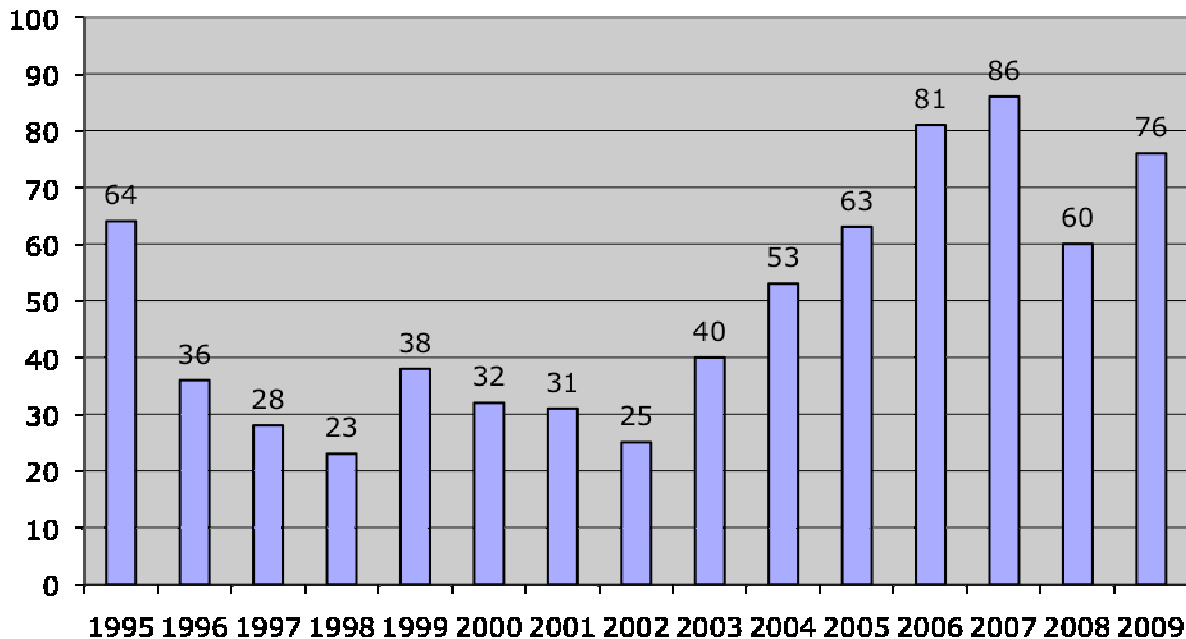
Die Zahl der Entführungen unter Journalisten ist in diesem Jahr mit 33 Fällen im Vergleich zu 2008 (29) leicht angestiegen. In **Afghanistan**, in **Mexiko** und in **Somalia** häuften sich Fälle von Kidnapping. Während es aber dem Mitarbeiter der New York Times, David Rohde und seinem lokalen Assistenten gelungen ist, sich aus der Gewalt der Taliban zu befreien, wurde etwa der afghanische Reporter Sultan Munadi bei der zu seiner Rettung gestarteten Militäroperation getötet.

„Drei Jahre sind seit der Annahme der Resolution 1738 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten in Krisen- und Kriegsgebieten vergangen. Doch

noch immer scheinen die Regierung nicht in der Lage zu sein, die Sicherheit von

Medienmitarbeitern zu schützen“, bilanziert ROG.

Getötete Journalisten



Auch andere Formen von Gewalt, Aggressionen und Bedrohungen sind angestiegen: Diese Zahl von Fällen ist von 929 im Vorjahr auf 1456 in diesem Jahr gewachsen. Die meisten Vorkommnisse dieser Art hat ROG auf dem amerikanischen Kontinent beobachtet – insgesamt 501. Vor allem Journalisten, die zum Drogenhandel und zu Korruption recherchieren oder kritisch über lokale Machthaber berichten, werden Opfer von Übergriffen und Drohungen. An zweiter Stelle folgt Asien mit 364 Fällen, von denen viele in **Pakistan**, **Sri Lanka** und **Nepal** auftraten.

In einem besonders gravierenden Ausmaß ist die Zahl zensurierter Medien angestiegen: So wurden im Jahr 2008 noch 353 Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen in ihrer Arbeit eingeschränkt

oder zur Schließung gezwungen. In diesem Jahr sind mindestens 570 Medien von diesen Zensurmaßnahmen betroffen: darunter zum Beispiel ein satirisches Magazin in **Malaysia**, ein Dutzend reformorientierte Zeitungen im **Iran**, *Radio France Internationale* in der **Demokratischen Republik Kongo** oder der *BBC World Service* in **Ruanda**.

Die Zahl der Festnahmen von Journalisten ist hingegen leicht gefallen: von 673 im Vorjahr auf 573 in diesem Jahr. Diese Entwicklung hängt mit einem Rückgang der Fälle von Verfolgung in Asien zusammen. Im Nahen Osten/Nordafrika hat ROG in diesem Jahr die meisten Festnahmen beobachtet.

Bilanz 2009*	Getötet	Festgenommen	Angegriffen oder bedroht	Zensierte Medien	Entführt
Afrika	12	115	170	80	7
Asien/Pazifik	44	110	364	104	16
Amerika	6	80	501	27	7
Europa/GUS-Staaten	7	101	223	162	1
Naher Osten/ Nordafrika	7	167	198	197	2
Gesamt	76	573	1456	570	33

* Die Zahlen beziehen sich auf Repressionen gegen Journalisten.

Gewalt während Wahlen

Das Massaker an 30 Journalisten auf der philippinischen Insel Mindanao ereignete sich infolge eines Überfalls auf einen Konvoi von Anhängern eines Politikers, der für ein Gouverneursamt kandidieren wollte. Die Miliz des amtierenden Gouverneurs griff den Tross an, der von Journalisten begleitet wurde: Die Medienmitarbeiter wollten über die Wahlkampagne des Gegenkandidaten berichten. In **Tunesien** wurde der Journalist Taoufik Ben Brik einige Tage nach der Wiederwahl von Präsident Ben Ali verhaftet, sein Kollege Slim Boukhdhir wurde überfallen. Im zentralafrikanischen **Gabun** wurden in den Tagen nach der von Protesten begleiteten Wahl Ali Bongos zum Präsidenten einige Journalisten körperlich angegriffen, andere erhielten Morddrohungen. Ein halbes Dutzend Medien wurden darüber hinaus zeitweise geschlossen, weil sie über die Gewalt nach der Wahl berichtet und die neuen Mitglieder der Regierung kritisiert hatten. Schließlich hat auch die umstrittene Wiederwahl von Mahmud Ahmadinedschad im Iran eine neue Repressionswelle gegen die Medien mit sich gebracht.

Pluralistische Wahlen – im weiteren Sinne Symbole von Demokratie und freier Meinungsäußerung – können sich für Journalisten in einen Alptraum verwandeln: In Wahlzeiten werden vor allem staatliche Medien oft genug an einer ausgeglichenen Berichterstattung über die Kandidaten und deren Wahlprogramme gehindert. Dies ließ sich beispielsweise während der umstrittenen Präsidentschaftswahl in **Afghanistan** und **Äquatorialguinea** beobachten. Journalisten, die verstärkt über ausgewählte Kandidaten berichten oder diese verteidigen, werden schnell

von Anhängern des gegnerischen Lagers verfolgt. Während des Wahlprozesses werden Berichtersteller außerdem in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Im Zuge der Provinzwahlen in **Sri Lanka** etwa durften Journalisten die tamilischen Gebiete des Landes nicht betreten. Besonders dramatisch ist die Situation für viele Medienmitarbeiter bei der Verkündung der Wahlergebnisse: Die Anhänger von Mahmud Ahmadinedschad haben auf die von den Neuen Medien und der Reformpresse getragenen Oppositionsbewegung mit extrem gewalttätigen Repressionen gegen Hunderte von Journalisten und Bloggern reagiert. Die Medienschaffenden wurden beschuldigt, Spione im Dienste des Auslands oder Agenten der Destabilisierung zu sein.

Für ihre kühnen und kritischen Berichte während der Wahlperiode wurden viele Journalisten mit Festnahmen, Verhören, Gefängnisstrafen, Schikanen und zum Teil schweren Misshandlungen bestraft. Diese Vorkommnisse muss die internationale Staatengemeinschaft alarmieren und dazu bewegen, bessere Mittel zum Schutz der Presse gerade nach der Veröffentlichung umstrittener Wahlergebnisse zu finden.

„In jedem Fall ist diese Welle von Gewalt ein schlechter Vorbote für das Jahr 2010, in dem unter anderem Wahlen in der **Elfenbeinküste**, in **Sri Lanka**, in **Birma**, im **Irak** oder in den **Palästinensischen Gebieten** anstehen“, so ROG. Die Organisation zum Schutz der Pressefreiheit führt regelmäßig Untersuchungsmissionen zur Beobachtung der Arbeit von Medien während Wahlperioden durch.

Mehr als 100 Blogger und Internetdissidenten in Haft

Noch nie zuvor hat ROG in seinem Einsatz für Internetfreiheit eine so hohe Zahl von inhaftierten Bloggern, Internetdissidenten und –nutzern dokumentiert. Derzeit sind fast 110 von ihnen in elf Staaten im Gefängnis, weil Sie im World Wide Web ihre Meinung frei geäußert haben. Die Zahl zeigt, welches Ausmaß Online-Repressionen in einigen Ländern angenommen haben. Die Regierungen dieser Länder verfolgen eine Politik der Kriminalisierung von Meinungsäußerung im Internet.

Das Internet war in diesem Jahr der Motor demokratischer Proteste unter anderem im **Iran** und in **China**. Dies erklärt, warum viele autoritäre Regierungen harte Strafen für Internetnutzer befürworten – wie etwa für zwei Blogger in Aserbaidschan, die zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie die politischen Eliten in einem Video verspottet hatten.

Die Volksrepublik **China** führt weiter die "Liste der Feinde des Internets" an. Aber auch die Regierungen im **Iran, Tunesien, Thailand, Saudi Arabien, Vietnam** und **Usbekistan** lassen Websites und Blogs regelmäßig sperren und betreiben eine Meinungskontrolle im Internet. In **Turkmenistan** untersteht das Internet einer fast totalen Überwachung durch den Staat.

Während die Popularität von sozialen Netzwerken und interaktiven Websites wächst, werden eine steigende Zahl von Bloggern oder Bürger, die Kommentare im Netz posten, angegriffen, bedroht oder zu Verhören einberufen. Der Ägypter Kareem Amer ist immer noch hinter Gittern während der birmanische Blogger und bekannte Komödiant Zarganar noch 34 Jahre im Gefängnis absitzen muss. Rund 120 führende Aktivisten zur Verteidigung der Internetfreiheit wie Hu Jia und Liu Xiaobo in China oder Nguyen Trung und Dieu Cay in Vietnam sind im Jahr 2009 Opfer der Internetpolizei geworden.

Die Wirtschaftskrise erweist sich in vielen Ländern als sensibles Thema, das Zensurmaßnahmen, vor

allem im Internet, provoziert. So wurde zum Beispiel ein Blogger in **Südkorea** verhaftet, weil er die ökonomisch katastrophale Situation in seinem Land kommentiert hatte. In **Thailand** wurden mindestens ein halbes Dutzend Internetnutzer festgenommen oder schikaniert, weil sie angeblich die Wirtschaftskrise im Königreich mit heraufbeschwörten. Die einfache Tatsache, dass sie die Gesundheit des Königs in einen Zusammenhang mit fallenden Kursen an der Börse in Beziehung gestellt hatten, machte sie zur Zielscheibe der Behörden. Schließlich wurden in **Dubai** lokale Medien zensiert, weil sie über den Zusammenbruch des Binnenmarktes berichtet hatten.

Ein Anstieg der Internetzensur ist auch in demokratischen Staaten festzustellen: Einige europäische Länder haben neue Online-Kontrollmaßnahmen im Namen des Kampfes gegen Kinderpornografie oder illegale Downloads durchgesetzt. **Australien** hat Pläne angekündigt, ein obligatorisches Filtersystem einzuführen, das die Internetfreiheit stark beschneiden würde. Die türkische Justiz hat in einer im Vergleich zu 2008 erhöhten Zahl von Fällen eine Zensur von Internetseiten angeordnet. Betroffen war insbesondere *YouTube*, das wegen diffamierender Darstellungen des ersten Präsidenten der Republik, Mustafa Kemal Atatürk, zensiert wurde.

„Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl von Ländern, in denen Internetzensur stattfindet, verdoppelt: eine beunruhigende Tendenz, die eine Verstärkung der Kontrolle über die Neuen Medien belegt, während gleichzeitig Millionen von Bürgern über das Netz mobilisiert werden“, so Lucie Morillon, Leiterin des Internetreferates von ROG. Um auf diese Entwicklung der Kriminalisierung von Meinungen im Internet aufmerksam zu machen und dagegen zu protestieren, werde ROG am 12. März wieder einen ‚Welttag gegen Internetzensur‘ organisieren, kündigt Morillon an.

Klagen gegen Medien

Am 30. Dezember 2009 sind mindestens 167 Journalisten weltweit im Gefängnis. Man muss schon auf den Beginn der 90er Jahre zurückschauen, um eine so hohe Zahl von Inhaftierten unter den Medienschaffenden zu finden. Selbst wenn der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit die Staatengemeinschaft immer wieder ermahnt, dass eine Gefängnisstrafe ein

unverhältnismäßiges Mittel in Presseangelegenheiten ist, behalten zahlreiche Regierungen entsprechende gesetzliche Sanktionen bei und missbrauchen diese. Die Strafen, zu denen Journalisten auf **Kuba**, in **China, Sri Lanka** oder im **Iran** verurteilt werden sind in einigen Fällen genauso streng wie die, zu denen Mörder oder Terroristen verurteilt werden.

Haftstrafen und Gewalt sind oft genug noch immer die einzigen Antworten von Behörden auf Kritik von Journalisten. So lassen sich im Nahen Osten täglich mindestens ein gewalttätiger Übergriff oder eine Festnahme dokumentieren. Im **Irak** zum Beispiel wurden mehr als 60 Journalisten im Jahr 2009 angegriffen oder festgenommen. In den **Palästinensischen Gebieten** haben die Hamas im Gazastreifen und die Fatah im Westjordanland mehr als 50 Journalisten festgenommen.

Afrika und Asien liegen Kopf an Kopf hinsichtlich der Zahl der festgenommenen Journalisten. ROG zählt insgesamt mehr als zehn Verhaftungsfälle im **Niger**, in **Gambia**, in **Somalia**. **Eritrea** hält den traurigen Rekord mit derzeit 29 Journalisten hinter Gittern. In Asien ist die Zahl der Festnahmen dagegen zurückgegangen. Aber die chinesischen und pakistanischen Sicherheitskräfte nehmen weiterhin ausländische oder einheimische Journalisten fest, wenn diese den von der politischen Führung akzeptierten Rahmen in ihren Berichten überschreiten.

In **Honduras** hat der Regierungsputsch vom 28.

Juni, der von der konservativen Presse getragen wurde, eine regelrechte Treibjagd auf Journalisten eröffnet, die der Sympathie mit dem abgesetzten Präsidenten Manuel Zelaya verdächtigt werden. Das führte in der Folge zu einigen Suspendierungen oder sogar zu kompletten Schließungen von Medien. Auf **Kuba** kam es in diesem Jahr zu zwei neuen Inhaftierungen von längerer Dauer: Damit sind aktuell 25 Journalisten auf dem Inselstaat im Gefängnis

Wenn Machthaber Journalisten nicht festnehmen lassen, dann schikanieren sie die Medienmitarbeiter mit einer Serie von Klagen vor den Gerichten. In **Algerien** erhielt beispielsweise der Herausgeber der französischsprachigen Tageszeitung *El Watan*, Omar Belhouche, 15 Gerichtsvorladungen. In der **Türkei** oder in **Marokko** ist die Oppositionspresse Zielscheibe von wiederholten Beschwerden, die fast immer zu Verurteilungen oder zur Schließung von Medien führt. Denn die Gerichte entscheiden eher zugunsten des Klägers, als dass sie die Pressefreiheit verteidigen.

Überleben im Exil

Zum ersten Mal veröffentlicht ROG in seiner Jahresbilanz die Zahl von Journalisten, die in den vergangenen zwölf Monaten gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, weil ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht wurde: 2009 sind 157 Medienmitarbeiter ins Exil gegangen.

Der Exodus iranischer Journalisten und Blogger – mehr als 50 – oder der ihrer Kollegen in Sri Lanka – 29 Fälle hat ROG in diesem Jahr in dem südasiatischen Land registriert – war massiv. In Afrika retten sich rund 50 somalische Journalisten zumeist in Nachbarländer. Rund zehn eritreische Reporter waren gezwungen, ihr Land zu verlassen – aus Angst, zur Zielscheibe von

Repressalien der brutalsten Diktatur des afrikanischen Kontinents zu werden. Auch aus **Guinea**, **Afghanistan**, **Pakistan**, **Mexiko**, **Kolumbien** oder **Äthiopien** sind Journalisten geflohen.

Die Zahl der Flüchtlinge ist ein Indikator der Angst, die in einigen Ländern in der Medienbranche herrscht. Auf dem Weg ins Exil stoßen die Journalisten auf neue Gefahren und Schwierigkeiten, ihre Zukunft ist ungewiss. Viele warten Monate, sogar Jahre, auf eine sichere Zuflucht und einen möglichen Neuanfang.

Methode

Reporter ohne Grenzen nimmt ausschließlich Fälle in die Bilanz auf, die eindeutig oder mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Berufsausübung in Verbindung stehen. Die aufgeführten Zahlen dokumentieren Vorfälle, über die ROG Kenntnis erlangt hat. Nicht dokumentiert sind Fälle, die von den Opfern aus Sicherheitsgründen bewusst geheim gehalten wurden. Die Jahresbilanz ist somit vergleichbar mit den Vorjahren.

Reporter ohne Grenzen e.V.
Deutsche Sektion von *Reporters sans frontières*
Brückenstraße 4
10179 Berlin
Tel.: 030 202 15 10 - 16
Fax: 030 202 15 10 - 29
E-Mail: presse@reporter-ohne-grenzen.de